

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. jährlich 12 Briefmarken. Einmalige Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“ für 10 Pfennig pro Zeile und 5 von allen Anzeigen-Exemplaren angenommen. Die monatliche Postgebühr folgt 25 Pfennig, die Restgebühr 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Verantwortlicher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 11 | Postfachkonto: Berlin 62 448. | Donnerstag, den 19. Januar 1928 | Postfachkonto: Berlin 62 448. | 27. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Bekämpfung der Mückenplage.

Mit der Bekämpfung der Mückenplage habe ich den amtlichen Desinfektor Ernst Köppen von hier, Rathhausstr. 17, beauftragt. Ich erlaube, diesem Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, damit unnötige Verzögerungen in der Arbeitsleistung vermieden werden. Es bleibt selbstverständlich den Grundstücksbesitzern unbenommen, die Arbeiten entweder selbst oder von dem genannten Desinfektor ausführen zu lassen. Die Gebühr wird nach Größe der Räumlichkeiten und Verbrauch an Desinfektionsmitteln berechnet. Ueber die Vornahme der Arbeiten wird von dem Beschäftigten, Desinfektor Köppen, eine Bescheinigung ausgefüllt, welche aufzubewahren und den kontrollierenden Beamten auf Verlangen vorzulegen ist.

Um eine korrekte Durchführung zu ermöglichen, und um die Grundstücksbesitzer und Pächter vor Unannehmlichkeiten zu schützen, dürfte es sich schon wegen der geringen Kosten dringend empfehlen, die Maßnahme durch den Desinfektor Köppen ausführen zu lassen. Die zur Anwendung kommenden Mittel sind probiert und für Menschen, Tiere und Lebensmittel als unschädlich befunden worden, haben jedoch bei Insekten entsprechende Wirkung.

Zusammenfassend werden nach § 6 der Kreispolizeiverordnung vom 27. 1. 1927 gehandelt.

Birkenwerder, den 18. Januar 1928.

Der Amtsvorsteher. P i e d e r.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Besuch der Vernichschule.

Es häufen sich in letzter Zeit die Klagen des Lehrkörpers der Vernichschule darüber, daß gewisse Mitglieder nicht für den ordnungsmäßigen Schulbetrieb der bei ihnen beschuligten Schulpflichtigen sorgen. Nach § 9 der geltenden Ordnung der Vernichschule ist der Arbeitgeber und der gesetzliche Vertreter des Schulpflichtigen gehalten, ihm die zum geordneten Schulbetrieb nötige freie Zeit zu gewähren und ihn zum pünktlichen und regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten. Ich weise hierauf wiederholt ausdrücklich hin. Nummer noch vorkommende Verstöße werden von der Schulleitung zur Bestrafung gemeldet werden.

Kleinerentner

erhalten am Donnerstag, den 19. d. Mts. in der Gemeindekasse eine einmalige Sonderbeihilfe.

Birkenwerder, den 18. Januar 1928.

Der Gemeindevorsteher. S t a n k.

An Zahlung der nach der Bekanntmachung des Herrn Gemeindevorstehers für den Monat Januar 1928 fälligen und rückständigen Steuerbeträge (Grundvermögen- und Hauszinssteuer) wird hiermit öffentlich gemahnt. Falls die Steuer rückstände nicht bis spätestens zum 21. d. Mts. hier gezahlt sein sollten, muß ihre zwangsweise Beitreibung erfolgen.

Birkenwerder, den 18. Januar 1928.

Die Gemeindekasse.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zu der am Freitag, den 20. Januar 1928, nachmittags 8 Uhr, im Gemeindebüro

aberaumten Versammlung der Gemeindevorstellung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschloffen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vorstellung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. A. Öffentlich:
 1. Erleichterung des Wollfrägen Geländes.
 2. Ueberblicksplan Gantkom.
 3. Auflösung der Gutsbezirke.
 4. Wahl von Kommissionsmitgliedern.
 5. Festlegung des Brennkalenders.
 6. Entwässerung der Straße 3 in der Steblung.
 7. Rentengutsache von Borgsdorf.
 8. Mittelungen.

B. Nichtöffentlich:

1. Befolgungssachen.
2. Beschlußfassung über einen Entschädigungsantrag.

Borgsdorf, den 18. Januar 1928.

Der Gemeindevorsteher. S e e f e l d t.

Was gibt es Neues?

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird im Februar einen längeren Erholungsurlaub antreten. Der Preussische Landtag nahm am Dienstag seine Tätigkeit wieder auf. Der Vorsitzende der öffentlichen Gewerkschaften, Ministerpräsident a. D. Dr. Siegelward, hat sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei niedergelegt. In Brüssel wurde die internationale Konferenz für den Schutz der Bevölkerung gegen den chemischen Krieg eröffnet. Baudirektor Kühnert hat gegen das Urteil, durch das er wegen der Aktienbesitzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, Berufung eingelegt. In die Kirche von Gadow wurde ein schwerer Einbruch verübt. Neben dem Inhalt zweier Sammelbüchsen wurden einige Leichen gefunden. Die Hochwasserstation in Wöllingen (Saar) hat bis jetzt noch Todesopfer gefordert.

Die Länderkonferenz.

Am Montag um 10,15 Uhr eröffnete der Reichszentraler Dr. Marx im Kongreßsaal der Reichstanzlei die Länderkonferenz, an der sämtliche Reichsminister mit ihren Staatssekretären — Reichsaussenminister Dr. Stresemann war durch seine Krankheit an der Teilnahme verhindert —, Reichsparlamentarischer Staatsminister a. D. Dr. Saemisch, Staatssekretär Dr. Weigener, Generaldr. Dr. Daniel von Daimbhausen, sowie die Vertreter der Länder teilnahmen.

Der Reichszentraler hieß in einer Begrüßungsansprache die Herren willkommen, wies auf die historische Bedeutung des Versammlungssaales hin, in dem 1878 der Berliner Kongreß und im November 1918 die bedeutungsvolle Aussprache mit den Vertretern der einzelnen Freistaaten unter dem Vorhitz des damaligen Reichsaussenministers und späteren Reichspräsidenten Ebert stattfand. Er stigierte dann kurz die Aufgaben der Länderkonferenz, wobei er besonders hervorhob, daß jede Neueregung in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf der Grundlage vollster gegenseitiger Loyalität erfolgen müsse.

Es werde sich ferner vor allem darum handeln müssen, einzelnen Ländern durch Uebernahme gewisser Verwaltungszweige auf das Reich zu helfen, ferner die Beseitigung der Entladen und Erlassen mit möglicher Beilegung zu betreiben und im Reich und in den Ländern auf dem Wege umfassender Verwaltungsmaßnahmen wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsregierung erwarte von den Beratungen ein ergiebiges Resultat und von der Aussprache eine Vertiefung und Stärkung des Bewusstseins, daß die Einheit der Nation und des Reiches unser wertvollstes und bestes Gut sei, das dem deutschen Volke aus den Stürmen der Krieges- und Nachkriegszeit geduldet sei. Nach geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen begannen zu der Frage der verfassungsrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Ländern die Referate und Korreferate. Zu Referenten waren bestellt der Hamburger Bürgermeister Dr. Peterßen und der württembergische Staatspräsident Bazille, zu Korreferenten die Ministerpräsidenten Dr. Held (Bayern) und Braun (Preußen).

Peterßen über die Reichsreform.

Der erste Referent zur Frage der Reichsreform, Bürgermeister Dr. Peterßen-Hamburg, schlug der Länderkonferenz die Einziehung eines Sachverständigen-Ausschusses vor. Im übrigen stellte er fest, daß über die Einzelheiten einer Reform des Reiches keine Einigkeit besteht, er glaube aber u. a. folgende grundsätzliche Punkte hervorheben zu sollen:

1. Stärkung der Reichsgewalt.
2. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament.
3. Neugliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftlich lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.

Im weiteren Verlauf seines Referates ging Dr. Peterßen auf die einzelnen Vorschläge ein. Er wandte sich dabei gegen den Gedanken der Herabsetzung Preußens in einzelne Länder.

Das Reichsproblem.

Einheitsstaat oder Föderativstaat?

Die vier Referate, mit denen auf der Länderkonferenz im Berliner Reichstanzlerpalais die große Aussprache über die Reform des Reiches eröffnet wurde, betonen deutlich die Schwierigkeiten erkennen, die hier zu überwinden sind. Vor allem traten in den Referaten und Korreferaten zwei große Gegenstände scharf hervor: Auf der einen Seite stehen die Anhänger des Einheitsstaates, auf der anderen die des Föderativstaates. Die einen fordern eine Weiterentwicklung auf dem Wege, den man in Weimar eingeschlagen hat, d. h. weitere Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der Länder, die allmählich zu Reichsprovinzen herabgedrückt werden sollen; die anderen fordern eine Rückkehr zu den Grundgedanken Bismarcks unter Ausmerzung gewisser Mängel, die der Bismarckschen Reichsverfassung anhaften.

Der erste Referent, der Hamburger Bürgermeister Dr. Peterßen, bekannte sich persönlich als Anhänger des Einheitsstaates, doch trat dieser Gedanke in seinem Referat nicht so scharf hervor, da er sich in der Hauptsache rein theoretisch mit den verschiedenen Vorschlägen beschäftigte. Jedemfalls geht aber aus seinen Ausführungen soviel hervor, daß er eine Teilung nicht für möglich hält. Wörtlich erklärte er: Ich halte keine Lösung für möglich, die Preußens Bestand nicht solange hält, bis ein neugebildertes Einheitsrecht mit harter Reichsgewalt geschaffen wird. Ich halte aber auch das Vorwegnehmen von Einzelproblemen — wie etwa die Frage der Vereinigung

unserer 245 Einschlaggebiete — für nicht möglich, ohne die Herbeiführung einer Gesamtlösung.

Der zweite Referent, der württembergische Staatspräsident Bazille, führt die heutigen Mißstände darauf zurück, daß die Weimarer Verfassung in wichtigen Punkten die Grundgedanken Bismarcks aufgegeben habe. Als Folge hiervon führte er an: unsere heutige Parteierfahrenheit, den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, die Ausschöpfung des Eigenlebens der Länder, die Erzeugung staatsmännischer Ueberlegungen durch die Inzulassung der Parteien und Wählermassen, die Verschwendung öffentlicher Gelder zugunsten bestimmter Wählerklassen, Mißstände im Finanzwesen, Kampf der Städte gegen die Länder, und schließlich bezogener der Redner auch den Streit um die Frage der Verfassungsreform als einen dieser Uebelstände.

Nach dieser Kritik an den bestehenden Zuständen gelangte Bazille zu einer Reihe positiver Forderungen. Insbesondere forderte er:

1. Die Reichszuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung soll nicht in die Grenzen des Jahres 1914 zurückgeführt werden. Aber auf der anderen Seite ist sie weit über die Grenzen des Notwendigen und Zweckmäßigen hinausgegangen und muß deshalb auf das richtige Maß zurückgebracht werden.
2. Der Reichsrat muß wieder eine ähnliche Stellung bekommen wie der Bundesrat der Bismarckschen Verfassung und wie sie der Senat in der amerikanischen Union-Verfassung hat.
3. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen müsse dadurch überwunden werden, daß der Reichspräsident gleichzeitig preussischer Staatspräsident und der Reichszentraler preussischer Ministerpräsident werde. Um Preußens überragenden Einfluß einzuschränken, müßten Preußens Reichsratsstimmen wieder auf die Zahl der früheren Bundesratsstimmen zurückgebracht werden.

Weiter betonte Bazille die Notwendigkeit, zwischen dem Reich und den Ländern zu einem Finanzfrieden zu gelangen. Nicht mehr lebensfähige deutsche Staaten sollten den freiwilligen Anschluß an ein anderes deutsches Land suchen. Ein kleinerer Staat solle aber nicht zur Aufgabe seiner Selbständigkeit gezwungen werden.

In der Einheitsfrage dürfe man niemals das süd-deutsche Wesen verkennen. Es stehe fest, daß sich die in den einzelnen Staaten vereinigte Bevölkerung als eine Einheit fühle, und daß sie, von Ausnahmen vielleicht abgesehen, nicht genehm sei, ihre selbständige Staatspersönlichkeit aufzugeben.

Am Nachmittag gelangte als erster der beiden Korreferenten der bayerische Staatspräsident Dr. Held zu Wort, der sich grundsätzlich auf den gleichen Standpunkt stellte wie sein Kollege aus Württemberg. Er wandte sich besonders scharf gegen den Gedanken eines Einheitsstaates und bestritt, daß der Einheitsstaat notwendigerweise billiger arbeite als ein Bundesstaat. Wo der Wille zur Erhaltung der Eigenstaatlichkeit in einem Lande vorhanden ist, muß dabei auf ihn Rücksicht genommen werden. Dieser Grundgedanke muß insbesondere auch bei der Beseitigung kleinerer Länder unbedingt gewahrt werden. Die Lösung dieses Problems ist auf vier Wegen durchführbar:

1. Aufgabe der Eigenstaatlichkeit und Umbildung in sogenannte Reichsländer.
2. Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit, aber Uebernahme der Landesverwaltung durch das Reich.
3. Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit und der Landesverwaltung, aber unter Reichsaufsicht in sachlicher und persönlicher Hinsicht.
4. Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit und Aufrechterhaltung von Teilen der Landesverwaltung, aber Uebernahme einzelner Teile der Verwaltung durch das Reich.

Dr. Held betonte, daß alle diese Wege nur durch eine Verfassungsänderung möglich seien. Er bezeichnete dann als Kernpunkt des innerdeutschen Problems das Problem Reich und Preußen. Dabei hob er hervor, daß heute eine Neugestaltung Preußens eine ungleich größere Bedeutung haben würde als unter der alten Verfassung, da die Rechte des Reiches ausgedehnt worden sind. Weiter erörterte er die Frage eines Aufgehens Preußens im Reich. Ohne Verfassungsänderung sei das nicht möglich. Wie aber auch die Frage Reich und Preußen gelöst werden möge, in jedem Fall müßten die Länder folgende Forderungen erheben:

1. Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung.
2. Gebietsautonomie der Länder.
3. Einschränkung der Gesetzgebungsrechte des Reiches.
4. Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Eingriffe der Reichsverwaltung.